

Heimlicher Ortsvorsteher Busch schlecht informiert.  
Weshalb ergreift Busch gegen die Interessen der Lerchenberger Partei für RWE?  
Beachten Sie hierzu die Klarstellung ganz unten

» an die LOKALE-Redaktion

Zur Darstellung von Hartmut Renker „RWE behindert thermische Sanierung“ in der Ausgabe DIE LOKALE 3/2013 erreichte die Redaktion ein Leserbrief von Werner Busch, den wir ungekürzt wiedergeben.

Sehr verdienstvoll ist es, wenn H. Rencker über Fragen der Wärmeversorgung im Stadtteil unterrichtet. Dies geht aber auch sachlicher, ohne falsche Vermutungen und ohne zweifelhafte Selbstdarstellung, wie in der LOKALEN März/2013 unter der Überschrift „RWE behindert thermische Sanierung“ (Seite 29) geschehen.

Zur Klärung der Darstellungen in diesem Leserbrief ist festzuhalten:

- Die Stadt will und muss ihren Rahmenvertrag mit RWE überhaupt nicht kündigen, denn dieser läuft im Jahr 2016 sowieso aus. Und nach den ergänzenden Vertragsbedingungen von RWE enden alle Einzelverträge mit den Kunden, wenn der Betrieb des Fernheizwerkes mit RWE nicht fortgesetzt wird! Wenn es eine Fortsetzung gibt, wird „allen Ab-

nehmern ein einheitlicher Vertrag angeboten“!

- Es besteht demnach kein Hinderungsgrund, mit RWE über einen neuen, bedarfsgerechten Anschlusswert zu verhandeln, um die Grundkosten zu reduzieren. RWE behält sich lediglich eine Plausibilitätsprüfung vor, was sinnvoll ist; denn niemand möchte hinterher kalt sitzen.

- Falsch ist auch, dass die Stadt auf den „nicht sehr aktiven Verordnungsgeber“ zugehen müsse, um die Abrechnung des Warmwasserverbrauchs über den Wärmemengenzähler zu erreichen. In allen neueren Gebäuden werden die Anschlüsse nur noch so hergestellt und FAVORIT/RWE haben schon lange entsprechende Installationsänderungen in älteren Gebäuden zugestimmt.

- RWE behindert auch keine thermische Sanierung, sondern arbeitet an neuen Konzepten mit und stellt fest: „Die Sanierung führt zu deutlich niedrigeren Wärmeverbräuchen und somit zu deutlichen Einsparungen der Kosten des Wärmeverbrauchs“.

Sehr aufschlussreich sind seine Ausführungen zu Baumängeln, den Kältebrücken und winddurchlässigen Hausteilen. Wir hätten es nicht gewusst! Um da Abhilfe zu schaffen, hat der Ortsbeirat schon im Jahr 2001 aufgrund eines CDU-Antrags beschlossen und die Verwaltung gebeten, für die verschiedenen Lerchenberger Haustypen einen Muster-Wärmepass entwickeln zu lassen, damit Eigentümer erfahren, wie sie ihre Gebäude an den richtigen Stellen isolieren lassen können. Es hat zwar sehr lange gedauert, jetzt aber wurde aufgrund eines Energie-Einsparprogrammes des Bundes von der Stadt das Darmstädter „Institut für Wohnen und Umwelt“ beauftragt, ein Sanierungskonzept für den Lerchenberg zu erstellen. In einer ersten Informationsveranstaltung im Bürgerhaus wurden von der Stadt und dem Institut Empfehlungen und Standpunkte der Bevölkerung entgegen genommen. RWE war übrigens auch dabei und stellt seinerseits die dort vorhandenen Daten zur Verfügung.

Bis zur zweiten Informationsveranstaltung am 27. Juni sollen die neuen Erkenntnisse ausgewertet sein. Das Institut hat den Auftrag, ausgehend von den Gebäudetypen und der vor 45 Jahren üblichen Bauweise, eine energierelevante Bestandsaufnahme vorzulegen und daraus folgernd, Verbesserungsvorschläge sowie Versorgungsvarianten für die Zukunft zu unterbreiten. Ferner soll es ab Herbst vor Ort für mindestens zwei Jahre, wie der Leiter des Umweltamtes es formulierte, einen vom Bund bezahlten „Kümmerer“ geben, der mit den Bewohnern ihre Überlegungen und ihre Pläne diskutieren kann und sie weiter berät. Entsprechende Maßnahmen zur Althausanierung und barrierefreiem Wohnen können dann mit Zinszuschüssen und sogar Tilgungszuschüssen gefördert werden.

von Werner Busch,  
Lerchenberg

Richtigstellung:

Busch ist wie schon 2009, als er viele Lerchenberger wegen eines vermeintlichen Vorteils von oft nur 30 Euro im Jahr in die Falle neuer Flächenverträge drängte, wieder einmal schlecht informiert. Nicht er, sondern der angegriffene Heizungsstreit-Vorkämpfer Rencker war zweimal in Berlin, um im Wirtschaftsministerium die Interessen der Lerchenberger vorzutragen und durchzusetzen. So ist die auf dem Lerchenberg immer noch nicht flächendeckend umgesetzte Novellierung der Fernwärmeverordnung vom November 2010 und auch ein Kartellverfahren gegen RWE wesentlich auf die Aktivitäten von Rencker zurückzuführen.

Busch hat insoweit recht, als mit dem Auslaufen des Rahmenvertrags mit der Stadt die Kundenverträge enden, allerdings nur dann, wenn RWE nicht weiter Lieferant bleibt. Und RWE tut alles, um sich dieses Privileg per Änderungs-Langzeitverträgen mit den Endabnehmern zu bewahren. So war das schon mit den von Rencker bekämpften 2009er Flächenverträgen mit erhöhtem Arbeitspreis, die schon jetzt viele Lerchenberger mit mehreren hundert Euro im Jahr schädigen. Denn wer damals in die Falle getappt ist, dem werden die wesentlich günstigeren Konstellationen der neuen Fernwärmeverordnung unter Hinweis auf die Langzeitbindung der Änderungsverträge verweigert. Und genau die gleiche Gefahr besteht bei den Lerchenbergern, die eine Umstufung des Grundanschlusswertes ab 2011 um den Preis neuer Langzeitverträge geltend gemacht haben. Dieses Risiko wird vom Bundeswirtschaftsministerium ausdrücklich bestätigt und auch von der Stadt Mainz so gesehen. Es ist zu befürchten, dass die Stadt wegen einer drohenden Regressnahme das Lieferprivileg bei RWE belassen muss.

Auch die Möglichkeit, die Warmwassermessung von Volumen auf Wärmemessung umzustellen, ist derzeit kein Weg. Denn so werden die immensen hausinternen Leitungsverluste erstmals erfasst und trotzdem verbleibt es bei den zusätzlichen Grundkosten für Warmwasser.

Hartmut Rencker